05.12.2016

Drucksache 172/16/1

Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017; Änderungen des Entwurfes und Beschlussfassung über die Einwendungen der Städte und Gemeinden

Gremium	Sitzungsdatum	Beschlussstatus	Beratungsstatus
Kreisausschuss	12.12.2016	Empfehlungsbeschluss	öffentlich
Kreistag	13.12.2016	Entscheidung	öffentlich

Organisationseinheit	Steuerungsdienst
Berichterstattung	Kreisdirektor Dr. Thomas Wilk

Budget	01	Zentrale Verwaltung
Produktgruppe	01.01	Steuerungsdienst
Produkt	01.01.02	Finanzwirtschaft und Budgetierung

Haushaltsjahr	Ertrag/Einzahlung [€]
	Aufwand/Auszahlung [€]

Beschlussvorschlag

1. Den nach § 55 Abs. 2 Satz 3 Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen von den Städten und Gemeinden erhobenen Einwendungen gegen die vorgesehene Festsetzung der Allgemeinen Kreisumlage wird in dem Umfang entsprochen, wie durch den Beschluss des Kreistages zur Verabschiedung der Haushaltssatzung 2017 eine Absenkung des Hebesatzes und der Zahllast erfolgt. Im Übrigen werden die Einwendungen zurückgewiesen.

2. Die Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2017 wird einschließlich Ergebnisplan und Finanzplan gegenüber dem Verwaltungsentwurf
 - in der als Anlage beigefügten Fassung
 - mit folgenden Änderungen
 beschlossen.

Sachbericht

Mit dieser Ergänzungsvorlage werden die aktuell bekannt gewordenen weiteren Veränderungen zum Haushaltsentwurf 2017 für die Beratung und Beschlussfassung des Kreistages dargestellt. Konkret handelt es sich um die Ansatzplanung für die **Landschaftsumlage** sowie die **Wohngeldersparnis** des Landes, die zu Verbesserungen im Ergebnisplan und Finanzplan sowie der Festsetzung der Allgemeinen Kreisumlage führen.

Die als Anlage 1 beigefügte und geänderte Fassung der „Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2017“ berücksichtigt in den zu beschließenden Festsetzungen die erforderlichen Anpassungen.

In der Anlage 2 (Ergebnisplan) und Anlage 3 (Finanzplan) sind die einzelnen Veränderungen des Zahlenwerks gegenüber der Drucksache 172/16 abgebildet und mit kurzen Anmerkungen kommentiert.

1. Veränderungen des Ergebnisplanes und des Finanzplanes

a) Umlage für den Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL)

Budget 01 „Zentrale Verwaltung“

Aus Pressemitteilungen ist am 04.12.2016 bekannt geworden, dass die SPD- und CDU-Fraktionen in der Landschaftsversammlung beschlossen haben, einem Vorschlag der Verwaltung zu folgen und den Hebesatz der Landschaftsumlage für das Haushaltsjahr 2017 auf **17,4 v. H.** festzusetzen. Die Verabschiedung des LWL-Haushaltes ist erst für Februar 2017 vorgesehen. Da aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in der Landschaftsversammlung davon auszugehen ist, dass der Hebesatz auch so beschlossen werden wird, schlägt der Landrat vor, die Ansatzplanung für den Kreis Unna entsprechend anzupassen.

Die aktuelle Planung des Kreises Unna (1. Änderungsliste zum Haushaltsentwurf) geht noch von einer Erhöhung der Landschaftsumlage von bisher 16,7 v. H. um 0,9 v. H auf 17,6 v. H der Umlagegrundlagen aus. Die um **0,2 v. H.** Hebesatzpunkte **geringere Erhöhung** macht für den Kreis Unna eine Verminderung der Zahllast der LWL-Umlage in Höhe von **1,18 Mio. €** aus, die zur Senkung des Ansatzes der Allgemeinen Kreisumlage eingesetzt werden kann.

b) Wohngeldersparnis des Landes NRW

Budget 01 „Zentrale Verwaltung“

In der 1. Änderungsliste zum Haushaltsentwurf ist eine Korrektur der Ansatzplanung für die Wohngeldersparnis des Landes NRW vorgenommen worden. Aufgrund einer Prognoseberechnung des Landkreistages NRW war davon auszugehen, dass der Kreis Unna im Haushaltsjahr 2017 nur rd. **6,4 Mio. €** und damit rd. 1,1 Mio. € weniger erhalten würde, als zunächst geplant worden war.

Diese Prognose ist nun erneut verändert worden. Der Kreis Unna rechnet aktuell damit, dass aufgrund einer Erhöhung der zu verteilenden Mittel wieder ein Zubetrag in Höhe von rd. **7,5 Mio. €** gezahlt wird. Diese Verbesserung führt dazu, dass der Ansatz der Allgemeinen Kreisumlage um weitere rd. **1,1 Mio. €** geringer geplant werden kann.

c) **Weitere Veränderungen der Ansatzplanung**

Budget 50 „Arbeit und Soziales“

Aufgrund inzwischen vorliegender weiterer Erkenntnisse sowie der Daten des zu erwartenden Jahresergebnisses 2016 wären an verschiedenen Positionen der Haushaltsplanung 2017 noch Korrekturen erforderlich. Dies betrifft sowohl positive als auch negative zu erwartende Veränderungen des Zahlenwerkes.

So ist u. a. davon auszugehen, dass die Aufwendungen für die **ambulante und stationäre Hilfe zur Pflege** im Jahr 2017 um mindestens rd. 0,6 Mio. € höher sein werden, als bisher geplant. Darüber hinaus steht jetzt fest, dass die **flüchtlingsbedingten einmaligen Leistungen** bei den Kosten der Unterkunft sowie den sonstigen einmaligen Leistungen für Erstaussstattungen nicht zu den erstattungsfähigen Aufwendungen durch den Bund gehören werden. Das Risiko, auf das in den bisherigen Haushaltsberatungen hingewiesen wurde, ist an dieser Stelle bereits eingetreten und insofern nicht zu erwarten, dass die im Haushaltsentwurf eingeplante Bundeserstattung von rd. **5,98 Mio. €** auch in voller Höhe beim Kreis Unna eingehen wird. Weitere Risiken im Bereich der Leistungen zu Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II bestehen insbesondere in Bezug auf die Zahl der anerkannten **Flüchtlinge**, die in den Rechtskreis des SGB II wechseln werden, und den Zeitpunkt, wann dieser Wechsel vollzogen wird. Schließlich ist aufgrund der aktuellen Daten davon auszugehen, dass die im Haushalt 2017 angesetzten **Leistungen und Hilfen bei Behinderung** (insbesondere bei der Schulbegleitung und Frühförderung) ggf. nicht auskömmlich sein werden.

Auf der anderen Seite steht aufgrund der weiteren positiven Entwicklung bei den Kosten der Unterkunft und Heizung im vierten Quartal 2016 ein zu erwartendes noch **besseres Jahresergebnis** als bisher angenommen. Zusammen mit zu erwartenden Erfolgen bei **zusätzlichen fallabschließenden Integrationen** in den Arbeitsmarkt (insbesondere über 400 zusätzliche Plätze im Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“) könnte beim KdU-Ansatz für 2017 hier ein geringerer Aufwand entstehen.

Unter Abwägung der positiven und negativen Entwicklungen schlägt der Landrat vor, keine weiteren Ansatzveränderungen im Zahlenwerk des Haushalts 2017 mehr vorzunehmen und die dargestellten Verbesserungen in voller Höhe zur Senkung der Allgemeinen Kreisumlage einzusetzen. Der gebildete Haushaltsansatz für die Kosten der Unterkunft und Heizung sollte trotz der verbesserten Basiszahl 2016 nicht weiter gesenkt, sondern wie im Haushaltsentwurf angesetzt belassen und der sich ergebende „Spielraum“ für die Verminderung der bestehenden Risiken eingesetzt werden.

2. **Allgemeine Kreisumlage**

Unter Berücksichtigung aller dargestellten Veränderungen vermindert sich die **Zahllast der Allgemeinen Kreisumlage** im Vergleich zum Haushaltsentwurf von bisher rd. 259,62 Mio. € um **2,58 Mio. €** auf rd. **257,04 Mio. €** für das Haushaltsjahr 2017.

Der **Hebesatz der Allgemeinen Kreisumlage** soll von bisher im Haushaltsentwurf vorgeschlagenen 45,97 v. H. um **0,56 v. H.** gesenkt und auf **45,41 v. H.** der für die Städte und Gemeinden geltenden Umlagegrundlagen festgesetzt werden.

Die Zahllast der Allgemeinen Kreisumlage ist damit im Vergleich zum Vorjahr um rd. **0,6 Mio. €** geringer.

Anlagen

1. - Geänderte Fassung der „Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2017“
2. - 2. Veränderungsliste der Erträge und Aufwendungen (Ergebnisplan 2017)
3. - 2. Veränderungsliste der Einzahlungen und Auszahlungen (Finanzplan 2017)